

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

## Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die eingepaltene Kompartimente über deren Raum mit 50 Pfa., die Restzeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Betreibung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 67 Nastätten, Donnerstag, den 9. Juni 1921 44. Jahrgang

### Parlamentarisches Rückgrat.

Man merkt es, daß im Deutschen Reichstage noch nicht die Einsicht vorhanden ist, daß wir uns in bedenklicher Gefahr befinden, in diejenige Politik hineinzugeraten, die der österreichische Reichsrat in Wien Jahre hindurch betrieben hat. In der gemäßigten ehemaligen Kaiserstadt an der Donau nannte man diese plan- und tatenlosige Parlamentarismus-Wirtschaft das „Fortwursteln“. Es war tatsächlich eine Unterparablung der gesunden staatlichen Fortentwicklung und ist eine Hauptursache vom Zusammenbruch Oesterreichs im Weltkrieg und damit von unserem eigenen Niedergang gewesen. Wenn der Reichstag infolge der parteipolitischen Gegensätze auf denselben Weg gerät, so zermürbt er auch den Rest von Kraft, der noch in Deutschland steckt, und was dann wird, das kann sich jeder selbst denken.

In Wien hat Jahrzehnte lang ein leitender Staatsmann gefehlt, der die Führung der Staatsgeschäfte unumgänglich nötige Autorität besaß. Man hatte eben keinen Mann. Es fehlt nicht an Stimmen, die der Ansicht zuneigen, auch der Deutsche Reichstag weise keinen solchen Mann auf. Das möchten wir denn doch nicht unbedingt unterschreiben. Wohl aber scheint es an Kanzler Aspiranten zu fehlen, die das nötige „dicke Fell“ haben, um den Kerger zu überwinden, der dadurch entsteht, daß ein deutscher Reichskanzler fortwährend Gefahr läuft, über kleine Hindernisse zu stolpern, während von ihm verlangt wird, daß er Berge von Schwierigkeiten überwindet. So etwas verträgt nur eine stählerne Natur. Man spricht heute von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung zum Herbst oder Winter, und sie dürfte dazu beitragen, die Volksstimmung zu klären, aber wichtiger und auch wohl richtiger ist, große und bestimmte umrissene Ziele zu zeigen, darauf loszugehen und dann erst, wenn es nicht klappen will, die Nation anzurufen. Dann aber auch nach deren Willen durch Dick und Dünn!

Gestehen wir uns nur offen ein, daß die Erwartungen, die wir auf das parlamentarische System gesetzt haben, ein auf Teil Enttäuschungen brachten.

Wir hatten zu große Fehler wieder gut zu machen, und es wurde übersehen, daß unter solchen Verhältnissen für eine Weisgerechtigkeit und eine straffe Aufrechterhaltung der Parteigrundzüge nicht die rechte Zeit ist. Der Reichstag hat sich soviel mit Nebendingen beschäftigt, daß die weite Volkstrenne den Kopf darüber zu schütteln begonnen haben. In der Bevölkerung spielen heute die Geldfragen die Hauptrolle. Es ist ja nicht schön, daß dies so ist, aber die Tatsache steht fest. Im Reichstage interessieren am meisten die Parteiangelegenheiten, und zwar so sehr, daß verordnete wichtige Gesetze durchaus kein Weiterstück bedeuteten und wiederholt umgearbeitet werden mußten, nachdem sie schon Gesetzeskraft erlangt hatten.

Zeit ist es, daß es anders wird. Die amtlichen Bekanntmachungen der Finanzämter über Beschläge und Steuerstrafen beginnen schon recht umfangreich zu werden, sie sind keine erfreuliche Lesart, und es ist nicht zu bestreiten, daß sie zum Teil auf Galopp-Befehle des Reichstages zurückzuführen sind. Auf der anderen Seite ist ja leider zu erkennen, daß erheblich mehr Geld versteckt und der Einkommensteuer und dem Notopfer entzogen ist, als man bisher geglaubt hat. Dagegen sollte ein Wall aufgebaut werden durch eine neue Reform-Befehle, welche die Härten und praktischen Unmöglichkeiten beseitigt und den Versuch macht, die Reichseinkünften auf festem Boden zu stellen.

Es ist oft davon gesprochen worden, die Gesamtsituation der Entente muß erst festgestellt sein, bevor wir finanzielle Ordnung schaffen können. Recht ist die Rechnung da, und darum heißt es, danach handeln. Aber gibt es keine Ruhe, nicht für den Kanzler und seine Regierung, und nicht für das Volk. Bis wir soweit sind, muß der Reichstag aufhören, ein parlamentarisch-lost auch unparlamentarischer politischer Diskussionsklub zu sein, der er schon viel zu lange war. In London und Paris war das nicht der Fall, dort ging es mehr diktatorisch, als parlamentarisch zu. Aber der Er-

folg war dort, und nicht bei uns. Taten, keine Worte!

### Das neue Mietgesetz.

Das dem Reichstag unterbreitete neue Gesetz ist keine Notwendigkeit. Das wird darin auch selbst in seinem Text anerkannt, denn es bedeutet keinen Zwang für den Abschluß von Mietverträgen, sondern überläßt es den Vermietern und Mietern, freiwillige Verträge abzuschließen. Nur da, wo die vertragliche Grundlage fehlt, sollen die Bestimmungen des neuen Gesetzes Wirksamkeit erlangen.

In einer Zeit, wo es so viele häusliche Verdriehlichkeiten gibt, wie Müden im Sommer, erscheint aber die Schaffung von neuen Paragrafen, die diesen Kerger zu vermehren geeignet sind, nicht empfehlenswert. Die Querulanten und wir haben von diesen Mitmenschen ungläublich viel, werden dadurch indirekt angefordert, sich zu neuen Taten zu rüsten. Wollte man aber das noch hingehen lassen, so muß man darauf hinwirken, daß die Anwendbarkeit des Mietgesetzes hauptsächlich für die besonders teureren Verhältnisse der großen Städte in Anwendung kommen würde, wo die Hauslasten und die Mieterzahl sehr viel größer sind, wie anderswo. In Mittelstädten einigt man sich bedeutend schneller und in kleinen Städten, wo schon viele Arbeiter selbst Hausbesitzer sind, verschwindet der Konfliktstoff fast ganz.

Der Hauptpunkt, der gegen das neue Gesetz spricht, ist aber, daß er die vielfach noch schlummernde Baulust erstickt muß. Auch bei dem kulantesten, lebenswürdigen und menschenfreundlichsten Hausbesitzer wird die Reizung sehr gering sein, sich einen Anstandslohnfonds aus den Aufschlägen zur Miete anzulegen, und die Verwendung der Gelder des so angeamלטeten Fonds zu Reparaturen der Kontrolle und Zustimmung des Mieterrates zu unterwerfen. Selbst wer diese Bestimmungen für richtig hält, wird doch wohl die Frage verneinen, ob er ein neues Haus bauen würde, mit der Aussicht, sich nach diesen Bestimmungen richten zu müssen. Und den Kauf eines Hauses würde er unter diesen Umständen erst recht ablehnen. Die Verwaltung eines Hauses bringt heute gerade genaue Umständenlichkeiten und Kosten genau, sie brauchen nicht noch gesetzlich vermehrt zu werden.

Neben wir einmal in Güte! Wir sollten doch wirklich unser Tun und Lassen durch Gesetze, Polizei- und Strafvorschriften nicht mehr so schikanieren, wie es jetzt geschieht, sondern die Landfleute und Nachbarn wieder auf freiwilliges Selbstvertrauen hinweisen. Was bis 1914 ging, das muß doch auch jetzt wieder gehen. In Bayern gab es mehr und billigere Lebensmittel als nördlich vom Main, und wenig Wohnungsnot. Warum ging es da?

### Das Umlageverfahren.

Minister Hermes zur Neuregelung der Getreidewirtschaft.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages beriet dieser Tage über den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Getreidewirtschaft, der bekanntlich das Umlageverfahren einführen will. Der Berichterstatter Abg. Schmidt-Röbenich machte Bedenken gegen das neue Verfahren geltend, er befürchtet Verschlechterung und Verteuerung des Brotes.

### Der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft.

Reichsernährungsminister Hermes führte aus: Das Ziel, das erreicht werden muß, sei, die Produktion auch weiterhin zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Hierzu sei die alte Zwangswirtschaft, die von den landwirtschaftlichen Kreisen abgelehnt werde und auch mit der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes schwer vereinbar sei, nicht die geeignete Form. Bei Fortsetzung der alten Zwangswirtschaft sei ein weiterer Rückgang der Ertragszahl des Getreides sehr wahrscheinlich. Wenn sich der Rückgang im gleichen Verhältnis wie in den letzten beiden Jahren vollziehe, so dürfe für das nächste Wirtschaftsjahr nur mit einer Ertragszahl von 600 000—700 000 Tonnen gerechnet werden bei einem Bedarf von 2,4 Millionen Tonnen.

### Gegen die völlig freie Wirtschaft

erhob der Minister insbesondere das Bedenken, daß bei ihrer Einführung die Einführung von Auslandsgetreide höher steigen würde, als sie unter Wirtschaftslieben ertragen könnte. Der Getreidepreis würde dem Weltmarktpreis nahe kommen und hierdurch das Brot bis auf das Zweifache oder Zweieinhalbfache verteuert werden. Die Freigabe von Fleisch und Kartoffeln könne nicht als Vergleich herangezogen werden, da hier bessere Produktionsverhältnisse vorlägen. Bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot, müsse das Steuer noch fest in der Hand behalten werden. Es müsse zweierlei erreicht werden: Förderung der Produktion in Verbindung mit einer entsprechenden Belastung der Verbraucherseite. Das zweckmäßigste Umlageverfahren, zu der auch nach Ansicht des Ministers durchaus erstrebenswerten freien Wirtschaft sieht er in dem Umlageverfahren unter Freigabe des Ueberflusses an Getreide. Hierdurch ließe sich eine Steigerung der Produktion erreichen, die uns auch vom Auslande allmählich unabhängig mache und es würde der Schleichhandel mit seinen demoralisierenden Wirkungen beseitigt. Voraussetzungen des Gelingens der neuen Regelung sei aber, daß die Länder, in deren Hand der Vorkauf liegt, ihrerseits gegen fälschliche Landesteile mit allem Nachdruck vorgehen und von dem hierzu im Entwurf abgetretenen Handhaben auch Gebrauch machen. Die Redner der Rechten, Abg. Cuno (D. Rp.) und v. Braun (Dnat.) übten heftigste Kritik an dem Umlageverfahren und forderten die völlig freie Wirtschaft.

### Reparationsverhandlungen.

#### Die abgelieferten deutschen Schiffe.

In Paris haben die Verhandlungen zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen über die Abschätzung der seit dem Waffenstillstand von Deutschland abgelieferten Handelsschiffe begonnen.

#### Amerika zählt nichts.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, die gelegentlich der amerikanischen Kriegserklärung in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe ohne Entschädigung zu behalten. Von Seiten der alliierten Mächte war angefragt worden, daß Amerika einen dem Wert der Schiffe entsprechenden Betrag an die Reparationskommission abführen sollte. Diesen Wunsch hat der Kongress nunmehr verworfen.

#### Keine Anrechnung der deutschen Güter in Südafrika.

Die deutsche Regierung hatte bei der Reparationskommission Einwendungen gegen die Beschlüsse der südafrikanischen Regierung in der Frage der Liquidierung der deutschen Güter und Interessen in Südafrika erhoben. Die Reparationskommission hat diese rechtlich durchaus begründeten Einwendungen abgelehnt und sich dem Standpunkt der südafrikanischen Regierung angeschlossen. Hiernach kann das Ergebnis dieser Liquidationen Deutschland nicht auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.

### Eine interessante Entscheidung des Völkerbundes.

#### Malandinseln — Oberschlesien.

Eine staatsrechtliche Sachverständigenkommission des Völkerbundes hat nach monatelangen Verhandlungen entschieden, daß die Malandinseln nicht das Recht hätten, von Finnland eine Volksabstimmung über ihren Willen der Staatsangehörigkeit zu verlangen. Die Begründung dieses Spruches lautet:

„Die Trennung einer Minderheit von dem Staat, von dem sie einen Teil ausmacht und ihre Eingliederung in einen anderen Staat kann nur als eine Lösung in Ausnahmefällen betrachtet werden, nämlich als letztes Mittel, wenn der in Frage kommende Staat entweder des Willens oder der Macht ermangelt, dieser Minderheit wirksame Garantien für ihre Rechte gesetzlich zu sichern.“ Die Kommission bezeichnet dann weiter als solche Garantien die Minderheitsprache als Schulprache, ein ausschließ-

liches Eigentumsrecht, das die Minderheit vor der Ueberfremdung sicher und Autonomiebestimmungen in Bezug auf das lokale Wahlrecht und das Recht der Einwohner. Vorschläge für die Weisung der Spitze ihrer Verwaltung (im Falle der Malandinseln Gouverneurenennung auf Grund einer verbindlichen Vorschlagsliste) zu machen.

Danach könnte über die ungeteilte Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland eigentlich kein Zweifel mehr bestehen.

### Deutschland erfüllt.

#### Weitere 50 Millionen nach Newyork überweisen.

Der Reparationskommission sind als zweite Rate auf die eine Milliarde Goldmark 50 Millionen Goldmark angeboten worden. Diese 50 Millionen Goldmark sind nunmehr in gleicher Weise wie die erste Rate von 150 Millionen Goldmark der Federal Reserve Bank in Newyork in Dollars überwiefen worden.

#### Die Holzhäuser für Nordfrankreich.

Bei den Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Sachverständigen über die Lieferung deutscher Holzhäuser in der Wiederaufbauzone handelt es sich, wie der „Temps“ mitteilt, jetzt darum, die Modelle zu vereinfachen, um eine wesentliche Preisverminderung herbeizuführen. Nach dem „Intransigent“ ist man wegen des Preises zu einem Einverstandnis gekommen. In den beiden ersten Monaten sollen je 1500 Häuser geliefert werden, in den folgenden Monaten soll die Zahl der Häuser auf 3000 und vielleicht noch mehr steigen.

Die Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Kriesskassenkommission und den deutschen Sachverständigen über die Nichtanrechnung bzw. Anrechnung des abgelieferten deutschen Schiffsraums gehen weiter.

#### Frankreich entläßt den Jahrgang 1919?

Der französische Kriegsminister Barthou ist von seiner Abreise nach Paris zurückgekehrt. Er erklärte dem Vertreter der Sabasagentur, er glaube, die Entlassung der zur Durchführung der Sanktionen wieder einberufenen Jahrgangsklasse 1919 zu einem viel früheren Zeitpunkt in Aussicht stellen zu können, als er zu hoffen gewagt habe. Er habe die Ueberzeugung, daß, wenn Deutschland fortfähre, seinen guten Willen zu zeigen, der Monat noch nicht zu Ende gegangen sein werde, bevor die Jahrgangsklasse 1919 in die Heimat zurückgeschickt worden sei. Vor diesem Zeitpunkt werde er die Entlassung der Söhne der Witwen und ferner derjenigen Soldaten deren Brüder im Kriege gefallen seien, und wahrscheinlich auch der Studenten ins Auge fassen.

### Eingreifen der Engländer.

#### General Hennessee in Duppeln.

Nachdem die Engländer jetzt vollständig in Oberschlesien angekommen sind und auch der General Hennessee, der den Oberbefehl übernehmen wird, in Duppeln einweilt, erwarten englische Blätter ein baldiges Eingreifen gegen die Aufständischen und schnelle Wiederherstellung der ordnungsmäßigen Zustände. General Hennessee hat den zusammenberufenen englischen hohen Offizieren den von der englischen Regierung abgebilligten Säuberungsplan vorgelegt, nach dem man hofft, in 10 Tagen die Aktion durchführen zu können.

#### Erfolge der Deutschen.

Am Anschluß an polnische Angriffe, die überall blutig abgewiesen wurden, gelang es den Deutschen, teilweise, wesentliche Erfolge zu erzielen. So verbesserten sie ihre Stellungen am Annaberg, eroberten Coselbahn und nahmen, von Cosel aus vortreibend, den Ort Kandrą ein, der der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt Oberschlesiens ist. Die Insurgenten hatten dort die aufmarschierenden Engländer aus der rechten Flanke stark bedroht und wurden nur durch das heldenmütige Vorgehen des Grenzguges zurückgetrieben.

#### Die Ernte in Gefahr.

Am ganzen Gebiet ist die Ernte auf schwerste gefährdet, da nicht nur die Acker-

vernichtet werden, sondern auch Vieh und Pferde fortautreiben, die Ackergeräte vernichten und die Arbeitskräfte verlaßt oder zur Teilnahme am Aufstand gezwungen sind. So ist die Not überaus groß. Auch die Städte werden täglich mehr bedröht. Karnowitz ist jetzt ziemlich eingeschlossen, sein Bahnhof trotz der Anwesenheit französischer Militärs besetzt.

Mittel- und Niederschlesien bedroht.

Die „Schlesische Landeszeitung“ berichtet von ernsthaften Anarichsplanen der Polen auf Mittel- und Niederschlesien. Der polnische Beifhunger, besonders in den Führerkreisen, beagnüt sich seit langem nicht mehr mit den Versichlungen des Abstimmungsgebietes. Ganz Schlesien, mindestens bis zur Oder, lautet die Parole. Als in Polen die gefälschte Nachricht vom Einmarsch der Reichswehr ins Abstimmungsgebiet verbreitet wurde, wurde alles zum sofortigen Eintritt in das unbesetzte Schlesien vorbereitet. Nur das Einreisen der Engländer verhinderte dies Vorhaben. Trotzdem aber trägt man sich auch heute noch mit dem gleichen Gedanken.

Das Hin und Her.

Keine Aussicht auf eine baldige Konferenz.

Der in engen Beziehungen zu Lloyd George stehende „Observer“ schreibt, daß Lloyd George alle Hoffnungen aufzugeben habe, in nächster Zeit die Sitzung des Obersten Rates überhaupt herbeiführen zu können. Leider habe er sich verlesen lassen, dem französischen Vorschlag, eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien zu senden, prinzipiell zuzustimmen, und dadurch der französischen Obstruktion in die Hände gespielt. Dabei zeigen offizielle Informationen, daß die Polen ihre Position immer mehr befestigen und die Lebensmittelaufuhr kontrollieren und die Franzosen dagegen gar nichts tun. Das Blatt charakterisiert die Situation dahin, daß man erlaube, den Polen ihre Position zu konsolidieren, während man die deutsche Gegenaktion verbündere. Es fragt, ob die Alliierten wirklich jede gemäßigte demokratische Regierung Deutschlands unmöglich machen wollen.

London, nicht Boulogne.

Mit hieraus erklärt es sich wohl, daß bisher noch keine englische Antwort auf die letzte französische Note in Paris eingetroffen ist. Man hat in England die Ansicht, die Konferenz auf die breitesten Grundlagen zu stellen. Wie „Intransigent“ erfährt, will Lloyd George vorschlagen, daß sie angesichts ihrer Bedeutung in London und nicht in Boulogne stattfinden. Auf die Tagesordnung wollten die Engländer auch die Frage der Sanktionen am Rhein sowie die wichtige Frage der Klüfflungmachung der deutschen Obligationen auf dem Finanzmarkt stellen.

In Paris hält man Ueberraschungen in der englischen Antwort für möglich. Niemand eine Klarheit ist noch nicht erzielt, und es ist noch nicht abzusehen, wie eine Verständigung erreicht werden kann.

Ein überraschender Vorschlag der Reparations-Kommission.

Die Reparationskommission hat den Alliierten Regierungen durch Vermittlung der Vorkonferenzkonferenz sieben einen ziemlich unerwarteten Vorschlag unterbreitet. Sie verlangt, daß für den Fall einer Schwereigkeit in der Auslegung einer der Klauseln des Teiles 8 des Versailler Vertrages (Reparationen) ermächtigt werde, diese einem neutralen Schiedsgericht zu unterbreiten, falls die Reparationskommission nicht einig werden sollte. Zur Wahl des Schiedsrichters schlägt sie vor, daß dieses Schiedsgericht dem ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Ador ausertraut werden soll.

Der erste U-Boot-Prozess.

Freispruch des Angeklagten.

Der erste U-Boot-Prozess, der sich gegen den Kommandanten Neumann richtete, fand in Leipzig statt. Der Ankläger des Publikums war ungeheuer. Auch die englischen und französischen Regierungsvertreter sowie die der ausländischen Presse waren vollständig vertreten. Reuen waren nicht geladen. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten, mit seinem U-Boot ein englisches Hospitalsschiff widerrechtlich ohne Warnung versenkt und sich so des Mordes an den sechs auf dem Schiffe befindlichen Personen schuldig gemacht zu haben. Nach Verlesung der Anklage gab der Angeklagte an, daß er gemäß den Bestimmungen seiner vorgesetzten Behörde das Lazarettsschiff, das in Begleitung von zwei Retörern fuhr, torpediert habe, da das Mittelmeer für Lazarettsschiffe gesperrt gewesen sei. Mit der Versenkung des torpedierten Schiffes habe er 1 1/2 Stunden gewartet und die von dem einen Retörern unternommenen Rettungsversuche nicht gestört. Nach der Detonation, die bei der Torpedierung erfolgt sei, nehme er an, daß das Schiff auch Munition an Bord hatte. Hierauf stellte der Oberreichsanwalt nach längerer Ausführungen, in denen er betonte, daß der Angeklagte in Ausführung eines Befehls gehandelt habe und sich nach dem deutschen St. G. B. nicht strafbar gemacht habe, den Antrag, den Angeklagten freizusprechen.

Das Gericht sprach den Angeklagten nach dem Antrage des Oberreichsanwalts frei.

Deutscher Reichstag.

Schluß der großen Aussprache.

— Berlin, 4. Juni 1921.

In seiner heutigen Sitzung setzte der Reichstag die Besprechung der Regierungserklärung fort.

Abg. Böhm (Bayer. Vp.) sichert der Regierung wohlwollende Neutralität zu und spricht der bayerischen Einwohnerversammlung den Dank aus. Oberschlesien ist für uns nicht nur eine Lebensfrage, sondern eine Grenzfrage.

Abg. v. Gräfe (Dnat.): Die Regierung hat sich ausgezeichnet durch das, was sie nicht gesagt hat. Dieses Schweigen muß festgehalten werden. Das bedeutet, daß die Regierung keinen Weg weiß. Wenn der Reichsanwalt auch nur für die ersten Monate das Ultimatum erfüllen will, muß er zum Anarich auf die Substanz des deutschen Volkvermögens schreiten. Die Folge wird sein, daß nicht nur die Besitzenden zu Bettlern werden, sondern auch die deutschen Arbeiter zu Sklaven. Wenn die Regierung diese möderische Folge ihrer Politik nicht überlebt, dann steht sie da als der Gerichtsvollzieher der Entente gegen das deutsche Vermögen und die deutsche Freiheit. Herr Rathenau, es handelt sich nicht um den Grad der Not, sondern um Tod oder Leben des deutschen Volkes. Die Vorkerkhaft des jüdischen Elements in dieser neuen Regierung ist doch gar nicht bestreitbar. Es ist eine eigenartige Koalition, wenn an der einen Tür Herr Peterlein steht und der Deutschen Volkspartei den etwas lauren Bonbon des Eintritts in das Kabinett hinhält, während an der anderen Tür Herr Wels mit dem Anrupel den Zutritt verhindert. (Heiterkeit.) Wir verlassen dieser Regierung unser Vertrauen, weil sie dieses Ultimatum durchzuführen will, durch welches unser unglückliches Volk ganz und gar verklärt werden soll.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Man kann den ganzen Mißstand ablaufen und wird keinen Frieden finden, der so frech auftritt wie Herr v. Gräfe. Schuld an den trüben Zuständen ist nicht die Revolution, sondern der verlorene Krieg. Wir konnten einisch nicht mehr weiter. Das muß jeder Mensch einsehen, der seine fünf Sinne noch beisammen hat. Gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wehren wir uns, weil wir der Ansicht sind, daß in der Regierung nur Parteien sitzen können, die die Erfüllung des Ultimatus für möglich halten. Zu den Regierungsparteien haben wir das nötige Vertrauen.

Abg. Burlage (Str.): Es handelt sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Wenn wir mit Nein geantwortet hätten, wäre der Einmarsch ins Ruhrgebiet unweigerlich erfolgt. Die ganze Verwaltung Deutschlands wäre zerfallen worden. Oberschlesien wäre glatt verloren gewesen. Die Regierung handelt klug, wenn sie nicht Einzelheiten schon bekannt gibt, sondern mit einem vollständigen Plan auftritt. Die Unabhängigen gegen das Mißtrauensvotum.

Abg. Crispian (U. S.): Meine Fraktion lehnt das von den Deutschnationalen und von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum ab. Wir werden auch weiterhin die Regierung streng sachlich nach ihren Taten beurteilen und behandeln. Wir werden aber auch die Rechte des Proletariats ihr gegenüber mit aller Entschiedenheit vertreten, und wir lehnen es ab, in dieser Richtung auf eine reaktionäres Regime hinzuwirken.

Abg. Müll (Dem.) wendet sich mit Schärfe gegen die, die die Mitarbeit am Wiederaufbau und der Erfüllung des Ultimatus verweigern. Die Verbreiterung der Regierungsbasis ist notwendig, alle Parteien, die an der Erfüllung unserer Verpflichtungen mitarbeiten wollen, gehören in die Regierung hinein. Ein Spiel mit der Krisis und Reichstaatsauflösung schen wir ab, wenn wir sie auch nicht fürchten. Sammlung ist das Gebot der Stunde.

Annahme einer Vertrauenserklärung.

Nach einer längeren Rede des Kommunisten Dr. Geiser erfolgt die Abstimmung. Die Regierungsparteien haben einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag sich damit einverstanden erklärt, daß die Regierung alles daran setzt, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der zweite Absatz lautet: Der Reichstag billigt die Regierungserklärung über Oberschlesien.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) erklärt, daß seine Fraktion sich zu dem ersten Satz der Stimme enthalten, dem zweiten Satz zustimmen werde.

Abg. Crispian (U. S.) erklärt, seine Partei werde den ersten Satz annehmen, den zweiten ablehnen.

Bei der Abstimmung werden die kommunistischen und deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen die Stimmen der Antragssteller abgelehnt.

Von dem Antrag der Regierungsparteien wird der erste Satz mit 213 gegen 47 Stimmen bei 48 Stimmenthaltung, der zweite Satz gegen die Stimmen

der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Dann vertaät sich das Haus auf den 14. Juni.

Preussischer Landtag.

Stürmische Staatsdebatte.

— Berlin, 6. Juni 1921.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die erste Lesung des Staatshaushalts. Bei dem ersten Redner, Abg. Braun (Soz.), dem früheren Ministerpräsidenten, kommt es zu sehr stürmischen Szenen. Er wendet sich mit großer Schärfe gegen die Rechtsparteien, die an allem schuld seien, und beiprächigt dann Einzelpositionen des Etats. Zum Schluß greift er mit größter Heftigkeit die „blutbedeckte Monarchie“ der Hohenzollern an, die nie mehr wiederkehren dürfe. Bei diesen Worten kommt es zu einem Tumult auf der rechten, der die äußerste Linke die Antwort nicht schuldig bleibt.

Abg. v. Papen (Str.) bespricht kurz und sachlich einige Einzelheiten des Etats. Oberschlesien, so fordert er, muß bei Preußen bleiben, es darf kein Schacherobjekt der internationalen Politik werden.

Abg. v. d. Osten (Dnat.): Was hat die Demokratisierung gebracht? Wir befinden uns auf einem Tiefstand völkischer Macht. Braun entfesselt den Kampf nach innen an Stelle der notwendigen Zusammenfassung aller Kräfte nach außen. Die Parteipolitik muß in dieser Finanzfrage schweigen. Wir werden den Haushalt genau prüfen und auch unerreicht für baldige Verabreichung sorgen. Die Grundsteuer muß auf alle Fälle vom Quartier des Reiches verschont bleiben. Die Reichseinkommensteuer ist anders zu verteilen. Zur Sebnung der landwirtschaftlichen Produktion ist vor allem wirtschaftliche Freiheit nötig. Ein freies deutsches Oberschlesien ist ein wichtiges Glied am deutschen Volks- und Wirtschaftskörper. Wir müssen unser gutes Recht mit eigenen Kräften sichern und das tun, wonach Oberschlesien schreit, und die Lebensinteressen unserer schwergeprüften Brüder in Oberschlesien verteidigen und damit die Interessen unseres ganzen deutschen Volkes.

Abg. Dr. v. Richter (D. Vp.): In den Finanzen muß der oberste Grundsatz lauten: Keine Ausgabe ohne Deduktion. Was wir im Osten verloren haben, vorpreußisch, Oberschlesien ist preußisch. Dem Reiche gegenüber müssen wir geltend machen, daß Preußen unter dem Kriege am meisten gelitten hat; das Reich hat also Preußen fast finanziell vorauseilen. Nach der Annahme des Ultimatus haben alle Parteien an der Erfüllung mitzuarbeiten. Auf sozialem Gebiet, insbesondere bei der Erziehung der Jugend, dürfen wir die Sparsamkeit nicht zu weit treiben.

Abg. Dr. Meyer-Dstpreußen (Komm.), Abg. Leib (U. S.) wenden sich gegen Spießweien, Schulpolitik und Klassenjustiz.

Abg. Defer (Dem.): Der Streit über die Schuld am Kriege muß endlich verstummen; er bringt uns nicht vorwärts. Wir müssen uns zusammenfinden im gemeinsamen Kampf gegen den Vorkbruch, der in dem uns aufzuzwängenden Frieden liegt. Das Ultimatum muß durchgeföhrt werden. Wir haben Anspruch darauf, daß Oberschlesien ungeteilt bei Preußen bleibt.

Ministerpräsident Stegerwald:

Die Lage der Reichsregierung und der preussischen Regierung kurz vor dem Ultimatum war so schwierig, daß nicht mehr für Oberschlesien gesehen konnte. Ich werde den Reichskanzler darauf hinweisen, damit Oberschlesien sein Recht wird. Nebenfalls hat die Entente ihre Pflichten nicht erfüllt. Das Gesetz über die Provinzialautonomie ist bereits angenommen. Die Landgemeindeförderung ist fertig. Die Städteordnung wird in kürzester Zeit mit den Städtevertretern besprochen werden. Wenn diese Gesetze fertig sind, kann man erst an eine Reform der Zentralinstanzen herantreten. Ein einigehendes Finanzprogramm kann erst möglich sein, wenn im Reiche das Reparationsprogramm feststeht. Aus der Einkommensteuer muß Preußen einen größeren Anteil erhalten. Die Grundsteuer muß bei den Ländern und Gemeinden bleiben.

Finanzminister Saemisch gibt Erläuterungen zu den Erklärungen des Ministerpräsidenten über das Steuerprogramm.

Abg. Bießer (D.-Hann.) verlangt das Selbstbestimmungsrecht für Hannover. Dann vertaät sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr.

Deutsches Reich.

„Oberst Soule in Berlin. Der bekannte einflußreiche amerikanische Politiker Oberst Edward M. Soule, der einitige Berater Wilsons, ist von Paris kommend, am Sonnabend in Berlin eingetroffen. Er benutzte seinen Berliner Aufenthalt zu eingehender Konferenzen mit Vertretern der Industrie, Finanz- und des Handels. Er ist am Montag nach Wien weitergereist.

„Neuregung der preussischen Kommunalabgaben. In seiner letzten Sitzung hat das preussische Staatsministerium einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vorbereitet, der nach

seiner Fertigstellung dem Staatsrat und dem Landtage zugehen wird.

„Eine neue Rede Erzbergers. Am politischen Horizont taucht jetzt wieder die Rede Erzbergers auf, der eine ganze Weile in der Verleugnung verharren war. Sonntag hielt er in Gaaen in Westfalen eine Rede über die Weltlage und die Probleme des Wiederaufbaus. Er charakterisierte ausführlich das Wesen des internationalen Kapitalismus und des Sozialismus, die beide, wie er meint, die Wirtschaftsprobleme des Wiederaufbaus zu lösen nicht imstande sind. Nur der christliche Sozialismus, wie er in der Enklykika „Quorum rerum“ des Papstes Leo XIII. vorzuleben ist, und von dessen Ideen er selbst sich abwendend seiner Finanzministerzeit habe lassen lassen, könne den Wiederaufbau verwirklichen. Er verteidigte sodann, durch zahlreiche Zitate aus der Mitte der Verlesung unterbrochen, das von ihm eingeführte Steuersystem.

„Deutschlands Aufnahme im Völkerbund. Der Generalrat des Völkerbundes hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, daß Deutschland bei der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundes als Mitglied zugelassen werden sollte. Lord Grey wurde als Präsident der Union wiedergewählt. Sir Herbert Cecil bezeichnete es als einen großen Vorteil für den Wiederaufbau Europas, wenn es gelingen würde, Österreich wieder lebensfähig zu machen. Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat seinen Bericht über die österreichische Frage erstattet.

„Eine Stadt ohne Defizit. Durch freiwillige Stiftungen ist es in der Stadt Frankfurt a. M. gelungen, das Gleichgewicht im städtischen Haushalt 1920-21 herzustellen, so daß der Etat jetzt ohne Fehlbetrag abschließt.

„Die „Vereinschaffung“ der deutschen Rechtschreibung bildete den Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage, die jetzt der preussische Kultusminister beantwortet hat. Aus dieser Antwort geht hervor, daß die zahlreichen begründeten Bedenken gegen die Verhinderung der Rechtschreibung wenigstens teilweise nicht ungehört geblieben sind. So wird nur noch von einer Vereinfachung in mäßigen Grenzen gesprochen, die erst langsam und allmählich mit dem in der Schule heranwachsenden Geschlecht eingeföhrt werden soll. Für die vorhandenen Bestände an Büchern und Platten soll eine langjährige Schonzeit eingeföhrt werden, außerdem soll die Neuausgabe in solchen Grenzen gehalten sein, daß die Bücher und Platten auch noch nach der Neuausgabe ohne Beeinträchtigung weiter verwendet werden könnten. Die Arbeiten des Sachverständigenausschusses sind abgeschlossen, doch, so wird hinzugefügt, die endgültige Entscheidung darüber, wann und ob die Neuausgabe überhaupt durchzuführen sei, ist erst Verhandlungen zwischen Reich und Ländern vorbehalten. Wenn dabei — so heißt es sehr bemerkenswert in dem Schlußsatz — wie es im Hinblick auch auf die weittragenden, wirtschaftlichen Folgen und die gegenwärtige Ueberlastung mit anderer dringlicherer Arbeit wahrscheinlich erscheint, festgestellt wird, daß aus absehblicher eine Änderung nicht zweckmäßig ist, so würden doch die Ergebnisse der Sachverständigenberatungen Anerkennung für eine fünftig etwa notwendig werdende Neuordnung der Rechtschreibung bilden.

„Das neue englische Mittelglied der Interalliierten Kommission, Sir Stuart, ist in Doppeln eingetroffen.

„Der Danziger Senatpräsident Sahn ist zu Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Beteiligung Danzigs an den Schulden des Reiches und Preußens nach Paris abgereist.

„Das portugiesische Parlament ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind auf den 10. Juli angesetzt.

Rusland.

England.

„S Curzon will keine Revanche. Lord Curzon, der kürzlich vor der konservativen Vereinigung Primrose Place eine Rede hielt, führte aus, daß England keine Politik der Isolierung führen dürfe, wie es vor dem Kriege geschehen sei. Auch Amerika sei dazu nicht mehr in der Lage. Darum müsse man die Weltwirtschaft Amerikas, an den Beratungen der europäischen Staaten teilzunehmen, beachten. Die politische Lage habe sich durch Deutschlands offensichtlichen guten Willen anstetia verändert. Dies sei durch die französisch-englische Zusammenarbeit erreicht. Darum wünschten überlegene Geister in beiden Ländern ein solches Zusammengehen auch für die Zukunft. Auch Irland wisse, daß ein Bruch unter den Verbündeten ein Unheil wäre. Man wünsche nur, daß Deutschland seine Schuld abtrage, eine Revanche aber wäre nicht im englischen Sinne.

„Der Komarch der französischen Eisenbahner sprach sich in seiner Mehrheit für den Anschluss an Moskau aus.

„Die Zahl der Arbeitslosen in England ist auf 2 127 000, die der Kurzarbeiter auf 1 194 000 angewachsen.

Wetterumschlag.

Die drückende Hitze der letzten Tage ist in der Nacht zum Montag einer erfrischenden Kühle gewichen, trotzdem nur in einzelnen Gebieten schwerere Niederschläge gemeldet werden. So sind in Thüringen und in der Umgegend von Magdeburg vereinzelte Gewitter niedergegangen, die starken Hagelschlag brachten. Von Nordosten, besonders von der Küste, werden Regenfälle gemeldet, die von dem dort lagernden Minimum herrihren. In Polen haben sich ein von Frankreich herüberziehendes und ein aus Lappland kommendes Minimum verbunden, die starke Nordwinde hervorriefen. Dadurch ist die erhebliche Abkühlung in Norddeutschland zu erklären, der auch eine wesentliche Erhöhung folgen wird, ohne daß es dadurch vorwiegend zu einem dauernden Wetterumschlag kommen dürfte. Vielmehr muß man schon in den nächsten Tagen mit einem erneuten Einsetzen der Hitze rechnen, da das bisher in Schottland lagernde Maximum sehr schnell nach Mitteleuropa verdrängt wird. Besonders

verhängnisvolle Niederschläge werden aus dem Maingebiet und Baden gemeldet. Das erste einschlägig Frankreich wurden von einem verheerenden Unwetter heimgesucht, wie es dort seit Jahren nicht erlebt wurde. Der Wasserstand ist ungeheuer, da riesige Ueberschwemmungen eintraten. Besonders in Sachsenhausen wurden die Straßen in kurzer Zeit in Seen verwandelt, die ihre Wassermassen in die Keller ergossen. In einer Badeanstalt auf dem Main wurden verschiedene Badegäste durch die Rettungswache in Sicherheit gebracht. Auch die Straßenbahnen in Frankfurt wurden durch Blisichlag teilweise schwer beschädigt. In Baden wurden besonders die Gegenden um Taubergrund, Landau, Dittelheim und Buchen heimgesucht. Der Schaden in Buchen ist unabsehbar; die Ernte ist vernichtet, das Obst durch den fast 1 1/2 Stunden andauernden Hagel von den Bäumen abgeschlagen.

Auch aus dem nordamerikanischen Staate Colorado werden schwere Wolkenbrüche mit ausbleibenden Ueberschwemmungen gemeldet, die die Ernte weithin vernichteten und Hunderte von Menschen zwangen, in Booten von ihren Wohnstätten zu fliehen. Am schwersten wurde die Stadt Pueblo getroffen, die an 3 unter Wasser gesetzt wurde. Der angedeutete Schaden ist unbeschreiblich. Von Denver wurden Lebensmittel und frisches Wasser nach Pueblo geschickt, wo sich Truppen mit den Rettungsarbeiten beschäftigten und Flüchtlinge zu verbinden suchten. Die Zahl der Opfer ist sehr groß. Die offiziellen Prüfungen sind noch nicht zu Ende. Bisher meldet man 180 Tote. Auf den Straßen steht man eine große Anzahl Fahrzeuge jeder Art mit Ertrunkenen.

Heimatliches.

- Nastätten, 8. Juni 1921.
- Von der Schule. Dem Schulamtsbewerber Herrn Karl Schell aus Kunkel ist die Verwaltung einer Lehrerstelle an der hiesigen Schule übertragen.
- Polizeistunde. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden ist die Polizeistunde bis zum 1. Oktober auf 11 Uhr, für den Sonnabend auf 11 1/2 Uhr festgesetzt.
- Blumen hält man längere Zeit frisch, wenn man die Stengel schräg abschneidet, nie zu viel Blumen in eine Vase stellt, und die Blätter die am Stengel sitzen, soweit entfernt, als er im Wasser steht. Man gibt täglich frisches Wasser und füge eine Prise salpetersaures Natron hinzu.

Algenroth, 7. Juni. Am letzten Sonntag Vormittag bewegte sich hier ein würdiger Trauerzug mit Musik, dem Militär- und Gesangsverein, dem Herrn Pfarrer und Gemeinderat, den Angehörigen und vielen Gemeindegliedern, unter Vorantritt der Schulkinder, nach dem Friedhof, um die Enthüllungsfest eines Gedenksteines der Weltkriegopfer des Ortes zu begehen. Nach Ankunft am Denkmal trug der Gesangsverein das Lied vor: „Wie sie so sanft ruhn“. Herr Pfarrer Berger hielt dann eine wohlthuende, alle Anwesende tiefbewegende Weisrede und die Kameraden der Gefallenen enthielten das Denkmal. Hierauf spielte die Musik den Choral: „Was Gott tut das ist wohlgetan“ und Vorträge von 2 Jugendlichen und 2 Schülern folgten. Nachdem der Gesangsverein noch ein Lied vorgetragen hatte, erfolgte die Kranzniederlegung der Gemeinde, des Kriegerevereins, der Angehörigen und der Kinder. Als Herr Pfarrer Berger das Schlussgebet gesprochen, setzte sich der Trauerzug mit der Musik „Ach halt' einen Kameraden“ in Bewegung und marschierte wieder in das Dorf zurück.

Muroth, 8. Juni. Förster a. D. Jakob Krohn ist im Alter von 78 Jahren hier verstorben.
Marienfels, 8. Juni. Noch stehen wir in unserer Gegend unter dem Eindruck des schön verlaufenen Festes in Bettendorf und schon rühten auch wir hier in Marienfels zu dem am kommenden Sonntag stattfindenden Sängerefest mit Rahmenweibe. Der schon seit langem gehegte Wunsch unseres Vereins, eine Fahne zu besitzen, soll am Sonntag nun Tatsache werden. Besondere Einladungen sind nur an die beiden Nachbarvereine in Niehlen ergangen, die mitfahren werden, das Fest zu verschönern. Der Festwirt, Herr Wiegand,

der durch seine Zuverlässigkeit und Gastfreundschaft weit und breit bekannt ist, wird alles aufbieten um die verehrt. Festgäste in jeder Weise zufrieden zu stellen. Für flotte Tanzweisen wird die Niehler Kapelle sorgen. Also kann am kommenden Sonntag nur die Parole heißen: „Auf nach Marienfels“.

St. Goarshausen, 7. Juni. Herr Landrat Riedhöner ist vom 6. Juni bis 4. Juli beurlaubt. Vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden sind mit der Vertretung die beiden Herren Kreisdelegierten beauftragt und zwar für die ersten 14 Tage Herr Bürgermeister Schüring in Braubach und für die zweiten 14 Tage Herr Postverwalter Müller in Camp.

Camp, 7. Juni. Die Kirchnerernte ist seit einigen Tagen in vollem Gange. Die Frühfrüchte liefern noch zufriedenstellende (bisher war alles erfroren!) Erträge. Während vor etwa 14 Tagen noch 5-6 Mark pro Pfund bezahlt wurden, sind die Preise jetzt schon auf 3 Mt. und weniger heruntergegangen.

Oberlahnstein, 7. Juni. Erstochen wurde am Samstag nachmittag in einem hiesigen Restaurant ein amerikanischer Soldat. Auf bisher ungeklärte Weise entstand ein Streit, in dessen Verlauf der eine Soldat seinen Dolch zog und damit dem neben ihm sitzenden einen Stich ins Herz versetzte. Die erste Hilfe leistete Herr Dr. Prumm. Der schwer Verletzte ist nach einer Viertelstunde gestorben.

Caub, 8. Juni. Bei der starken Anteilnahme, welche die für den 18. Juni in und bei Caub geplante allgemeine Sonnenwendfeier bisher gefunden hat, empfiehlt es sich für alle Freunde der Sache, ihre Anmeldung sofort bei dem Festausschuß, Wiesbaden, Friedrichstraße 42, Fernruf 3439, zu betätigen. Jeder Teilnehmer hat dem Festausschuß einen Beitrag von 3,50 Mark zu zahlen, wofür Festkarte und Festordnung geliefert werden. Die Beiblätter mit ausführlichen Angaben werden in diesen Tagen an alle bisher gemeldeten Teilnehmer versandt. Also auf zur Sonnenwendfeier bei Caub.

Oberliederbach, 7. Juni. Erhängt hat sich hier der hiesige Flurschütze St., ein älterer Mann, den wahrscheinlich Sorgen um den Lebensunterhalt in den Tod getrieben haben.

Bierstadt, 8. Juni. Gegen den Beschluß des Gemeinderats wegen Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerung auf 40 Prozent auf den 1. Juli 1914 für Wohnungen und sonstige Mieträume vereinbart gewesenen Mietzins, hat der Regierungspräsident Einspruch nicht eingelegt.

Frankfurt, 8. Juni. Zu den Einrichtungen, denen das allgemeine wirtschaftliche Leben in Deutschland, unberufen, glänzend bekommt, gehört die Frankfurter Driskrankenkasse. Sie hat jetzt 22 Millionen Reserven, im letzten Jahre hat sie 15 Millionen Ueberschuß erzielt; sie schwimmt im Geld, aber man hat noch kein Wort davon gehört, daß die Beiträge abgebaut werden sollen. Abgesehen von einigen Lebensmitteln, merkt man überhaupt nichts von Preisabbau; nur im Opernhaus werden die erhöhten Sonntagspreise abgebaut. Das ist aber auch sehr nötig, denn die Spekulation auf das Kunst- und Bildungsbedürfnis der Schieber, Kriegs- und Revolutionsgewinnler machte die Theaterleitung um eine Illusion ärmer.

Spd. Selters, 7. Juni. Auf dem Wege nach Dürndach wurde das Fuhrwerk eines Schweinehändlers von zwei Wegelagerern überfallen, die den Händler vom Sitz rissen und ihm das Geld wegzunehmen versuchten. Die Räuber kamen an den Unrechten, denn der Angegriffene setzte sich zur Wehr und verprügelte die Raubgesellen, so daß sie schreiend das Weite suchten.

Vermischtes.

Denkmalweihe in Jena. Das vom Bunde der Vereine ehemaliger Blinder Deutschlands auf der Landgrafenhöhe bei Jena errichtete Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Blinden hat am Sonntag seine Weihe empfangen. Dem feierlichen Akt ging ein Kommerz voraus, in dessen Verlauf in einem Lichtbildervortrag die deutsche Arbeit auf den verchiedenen Kriegsschauplätzen gezeigt und erläutert wurde.

Durch glittige Gasse getötet. In Wattingheim bei Wiesloch (Baden) wurden bei Brunnenarbeiten durch glittige Gasse 7 Arbeiter getötet, von denen 4 den Tod durch Erstickten fanden.

Ein kühner Lebensretter. Ein junges Mädchen, das mit seinem Bräutigam in Streit geraten war, sprang von der Panometerbrücke in Berlin in die See. Der Besizer einer nahe gelegenen Neederei entdeckte sie kurz entschlossen seiner Kleider und sprang dem Mädchen nach. Nach mehrfachen Untertanken gelang es ihm mit großer Mühe, das Mädchen zu fassen und mit ihm schwimmend den Landungssteig zu erreichen, wo er von den erreichten Zuschauern mit lebhaftem Beifall für seine mutige Tat empfangen wurde.

Raubüberfall auf eine Bankfiliale. In die Filiale der Deutschen Bank in Deuben bei Dresden drangen neun Männer mit geschwärzten Gesichtern und Gesichtsmasken ein und hielten die Beamten durch vorgehaltene Revolver in Schach, jeffelten sie und zwangen den Kassierer, den Geldschrank aufzuschließen, aus dem sie 250 000 Mark entnahmen. Mit der Beute

sind die Täter, die auch Handgranaten bei sich hatten, entkommen.

Acht Millionen Mark Schulden! Mit einer Schuldenlast von sieben bis acht Millionen Mark ist der Althäufige Fabrikbesitzer Paul Viktor Wille aus Reinickendorf bei Berlin flüchtig geworden. Wille betrieb zwei Automobilfabriken in Reinickendorf und Moabit.

Ein englischer Marine-Propaganda-Film. Von der englischen Marine ist ein Propaganda-Film von der Seeschlacht im Skagerrak hergestelt worden, der außer in England und den Kolonien auch in anderen Ländern vorgeführt werden soll. Die Herstellung des Films hat über 300 000 Pfund gekostet, obwohl die Marine die benötigten Schiffe mit Besatzungen kostenlos zur Verfügung gestellt hat. In Deutschland ist ebenfalls ein Skagerrak-Film hergestelt worden, der gleichfalls auch ins Ausland gehen wird. Es wird sicherlich für die beteiligten Völker, wie für die neutralen Völker von größtem Interesse sein, die beiden Darstellungen miteinander vergleichen zu können.

Verzweiflungstat der Familie Harrn Walden. Der berühmte Schauspieler Harry Walden, seine Frau und sein Sohn wurden mit geöffneten Pulsadern in ihrer Wohnung aufgefunden. Walden und sein Sohn verstarben bereits am gleichen Tage infolge Vergiftung durch starke Morphiumspritzen, die sie sich vorher beigebracht hatten. Die weiteren Nachforschungen haben ergeben, daß Frau Walden, um den Tod zu beschleunigen, ihrem Manne und Sohne und dann sich selber die Pulsadern mit einem Rasiermesser aufgeschnitten hat, nachdem ihre Angehörigen bereits durch das Morphium betäubt waren. Der Grund für die Verzweiflungstat scheint eine tiefgehende Nervenzerrüttung gewesen zu sein, die Walden schon seit langem zwang, die schädlichsten Aufweckungsmittel zu gebrauchen, um seinem Verfall nachzugehen zu können. Hatte durch diese Krankheit auch die Kunst Waldens in letzter Zeit schon erheblich gelitten, so wird er doch allen, die ihn kannten, in der Erinnerung stets als der hochtalentierter, geistreiche und wichtige Künstler bleiben, der in seiner Blanzzeit war. Sein tragischer Tod ist nur der Abschluß einer Zeit des feilschen und körperlichen Zusammenbruchs, der besonders erschütternd bei einer Persönlichkeit, wie Walden es war, wirken muß.

Selbstmord eines Kammerherrn des Zaren. In einem der ersten Hotels von Versailles hat der Baron Galsmar de Vindler, der ehemalige Kammerherr des russischen Zaren, Selbstmord begangen. Er hatte sich im Badezimmer mit einem Rasiermesser die Pulsadern durchgeschnitten. Als Grund wird angegeben, daß der Baron sein ganzes Vermögen verloren hat. In einem hinterlassenen Briefe bittet er, in einem Armenhause beerdigt zu werden.

Der „befehte“ Einbrecherkönig. Emil Strauß, der vor kurzem zu einer Gesamtsstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, und der sich jetzt im Zuchthaus zu Nauhaug befindet, hat sich einer religiösen Sekte angeschlossen. Als er die verlangten Erbauungsbücher nicht erhalten konnte, setzte sein Rechtsbeistand es durch eine Beschworde beim Justizminister durch, daß die gewünschten Bücher angeschafft und ihm zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Biß eines tollwütigen Hundes gestorben. In Enternsbrach bei Neaensburga ist der Bauer Hofmuth, der Ende Dezember von einem tollwütigen Hund gebissen worden war, an den Folgen der Vergiftung gestorben. Bemerkenswert ist, daß der Mann nach erhaltenerm Biß im Berliner Pasteurinstitut behandelt worden ist. Trotzdem ist jetzt nach einem halben Jahre der Tod eingetreten.

Anschlag auf Herzog Albrecht von Württemberg. Auf Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg, der zurzeit auf Schloß Reil im Allgäu weilt, wurde, als er in Bealeitung des Fürsten Erich von Reil, von der Raad zurückkehrend, sich dem auf der Straße haltenden Raadwagen näherte, aus dem Walde von hinten ein Schrotflinten abgegeben, der den Herzog und den Fürsten in den Rücken traf. Beide gingen bis zum Wagen weiter. Hier fiel der Herzog zu Boden. Man hob ihn in den Wagen. Fürst Erich wurde nur leicht verletzt, während der Herzog, der von 8 bis 9 zum Teil heftigsten Schrotflinten getroffen wurde, das Bett hüten muß. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Uebersall auf einen sozialistischen Abgeordneten. Der bayerische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Alwin Sängner wurde in München auf dem Heimwege von einem Vortrag über „Deutsche Hochschulen in der Republik“ überfallen und fürchterlich verprügelt. Die Täter sind entkommen.

Dollarfönlige werden selten. Durch die von Wilson eingeföhrte Einkommensteuer hat die Zahl der Dollarfönlige in den letzten Jahren bedeutend abgenommen. Während nämlich im Jahre 1917 noch 28 000 Millionäre in Amerika geschätzt wurden, sank diese Zahl bis auf 21 000. Aber auch diese Schätzung trifft nicht mehr zu, da bei ihr alle Personen als Millionäre angenommen werden, die ein Jahreseinkommen über 40 000 Dollars besäßen. Nach genauer Prüfung kann man aber nur Personen mit

einem Einkommen über 100 000 Dollars als „Dollarmillionäre“ ansehen. Man schätzt nun in den Vereinigten Staaten die Zahl dieser Personen auf nur 250. Die Schätzung dürfte um so mehr zutreffen, als es in den Vereinigten Staaten äußerst schwer ist, sein wahres Einkommen zu verschleiern. Als Grund für die Abnahme der Dollarmillionäre wird auch die Abwanderung vieler hundert Millionen Dollar durch Beitragen der Dollarpriinzessinnen nach Europa und durch sehr bedeutende Beihilfen für wohltätige Zwecke in Europa angesehen.

Gerichtliches.

Die nächsten Kriegsschuldigenprozesse. Am 22. Juni findet gegen den Oberleutnant a. D. Paul e aus Charlottenburg wegen angeblicher Erstickung des französischen Hauptmanns Maas Verhandlung vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts statt.

Strenge Bestrafung wegen Vergehen gegen das Wuchergesetz. Der Geschäftsleiter des Sanatoriums Grunewald in Berlin wurde zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er durch Schleichhandel für sein Sanatorium lahrelana große Mengen an Zucker, Mehl und Butter bezogen hatte. Seinen Angaben, daß er ohne Gewinnabsichten die Waren zur besseren Bekämpfung seiner Kranken benötigt habe, wurde kein Glauben geschenkt, da es sich herausstellte, daß er noch einen Mittagsstisch in seinem Sanatorium unterhalten hatte. Die Anträge war von ehemaligen Angestellten erstattet worden.

Die gerichtlichen Zeugengebühren. Auf eine Anfrage im Reichstage über die Zeugengebühren hat der Justizminister erklärt: Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige sind erst durch die Verordnung vom 22. Mai 1920 auf das Zweieinhalbfache der durch das Gesetz vom 10. Juli 1914 eingeföhrten Sätze, und zwar die Höchstbeträge der Zeugengebühren auf 3,75 Mark und die der Sachverständigengebühren auf 7,50 Mark und bei besonders schwierigen Leistungen auf 15 Mark für jede angefangene Stunde heraufgesetzt worden. Die Frage, ob und inwieweit diese Sätze einer abermaligen Erhöhung bedürfen, wird gegenwärtig von der Reichsregierung im Benehmen mit den Regierungen der Länder geprüft. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen.

Handel und Verkehr.

Der amerikanische deutsche Handelsverkehr. Aus Newyork wird gemeldet: Der Wert der Einfuhr aus Deutschland hat im April 6 676 000 Dollar, also 307 000 Dollars mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, betragen. Der Wert der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland belief sich im gleichen Monat auf 19 143 000 Dollar oder 4 387 000 Dollar weniger als im April 1920.

Vom Getreidemarkt berichtet der Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats über die letzte Woche u. a.: In Deutschland sind seit einiger Zeit für Regierungsrechnung wieder ziemlich beträchtliche Mengen Weizen in der Hauptfache von Nordamerika gekauft worden. Von Weizen kommen aus den Regierungsbefestigungen gegenwärtig recht ansehnliche Mengen zum Weiterverkauf an den Markt, für die sich nicht entsprechende Verwertung für den Augenblick findet. Die Folge davon war ein ziemlich beträchtlicher Rückschlag in den am freien Markt erzielten Weizenpreisen, wodurch auch die Tendenz für Hülsenfrüchte insofern beeinflusst wurde, als die Käufer sich angesichts des billigeren Einstandes des Weizen schließlich vom Kauf zurückhielten. Für Raps aus der neuen Ernte auf Vorklieferung, die in der Vorwoche mit einem Preise von etwa 205 Mark für den Zentner eingekauft wurde, ist die Kauflust und die Bewertung diesmal rasch gestiegen, so daß schließlich bis 230 Mark selbst in der Hauptproduktions-Provinz Schlesien bezahlt und auch sonst dieser Preis geboten wurde.

Der Postverkehr mit dem Aufstandsgebiet der Provinz Oberschlesien ist seit dem 3. Mai aus bekannten Gründen nahezu völlig unterbrochen. Die Postverwaltung sieht sich daher zu ihrem Bedauern gezwungen, die Annahme von Einschreibsendungen jeder Art, von Postaufträgen, Postanweisungen und Nachrichten sowie von Drucksachen, Warenproben, Geldspapieren und Wäsenden nach dem Aufstandsgebiet vorerst gänzlich einzustellen. Zahlungsanweisungen des Postverkehrs dahin nicht zuzulassen und die schon bestehende Sperre für Paket- und Wertsendungen weiterhin aufrecht zu erhalten. Quaelassen werden bis auf weiteres nur gewöhnliche Briefe, Postkarten und durch die Post bezogene Zeitungen auf Gefahr des Absenders. Die Beförderung dieser Sendungen in das Aufstandsgebiet läßt sich aber nur durchführen, wenn die Bevölkerung den Briefverkehr auf das allergnügste Maß einschränkt und nur Sendungen wirklich wichtiger und dringender Inhalts aufstellt. Eine Zurückleitung der unterwegs befindlichen Sendungen wird vorerst nicht erfolgen. Die Postverwaltung will versuchen, sie möglichst an ihre Bestimmung zu bringen.

# John Keabney's Bildnis.

Novelle von Karl Rodner.

(Schluß.) Nachdruck verboten.

„Ueberraschnappt ist die Kleine Prinzessin mit einem Male! Weiß der Teufel, was sie sich eingebildet hat! Ich frage sie, ob sie mitkommen will mit mir — ich reise dieser Tage weiter, möchte sie als Modell aber doch noch ein paar mal verwenden — und zurück findet dieses Landstreicherzeug sich ja allemal allein — und streich' ihr über das Haar — und da rückt mir das Brautlein wie der Teufel aus —“

„Wenn Sie ihr wirklich nur das Haar gestreichelt haben —“

„Nun und wenn schon — —“ Er lachte herausfordernd. „Nieder Herr, wir sind hier nicht bei einem Friseur in London-Westend oder in Berlin-Grünwald! Und andere Orte — andere Sitten —! Und nun sagen Sie der Kleinen, sie soll sich nicht weiter schwierig machen und zur Sitzung hinüberkommen — ich tu' ihr schon nichts.“

„Ich war zu Fatima getreten und kopfte ihr beruhigend die Schulter, während Dschamba völlig ruhig, als ginge ihn der ganze Vorgang gar nichts an, sich an unserem Traglasten zu schaffen machte.“

„Die Kleine bleibt natürlich hier,“ sagte ich ruhig.

„Was soll das heißen — —“

„Wortwörtlich was ich sage. Die Kleine ist mir von ihrem Vater anvertraut, und ich halte es für angemessen, sie hier zu behalten.“

Der Maler sah mich einen Augenblick mit sprühenden Augen an. Er schien noch etwas sagen zu wollen, dann aber lachte er gezwungen auf, drehte sich um und ging in der Richtung auf seinen Arbeitsplatz davon. Einmal im Weiterstreiten blickte er zurück auf die Kleine — dann entschwand er uns —.

Nach und nach wurde Fatima ruhiger. Aber weder ich noch Dschamba sprachen weiter ein Wort über den Vorgang.

Als wir am Nachmittag wieder auf das Ruinenfeld kamen, sah Keabney auf seinem Platz, und auch am nächsten Tage war er nicht zu sehen.

Ich warf eine Bemerkung darüber zu Dschamba hin, der nickte: „Herr, er will reisen, und seine Koffer sind gepackt.“

„Du weißt das?“ Ich war aufrichtig verwundert.

Sein Gesicht blieb unbewegt. „Herr, wir wissen mancherlei.“

Am Abend dieses Tages spielte sich dann das Seltsame ab, das ich bis zur Stunde nicht erklären konnte, soviel ich auch darüber hingegribelt habe.

Wir waren etwa um sieben Uhr nach Hause gekommen. Ich war dann in mein Zimmer gegangen, hatte rauchend noch eine Zigarette gelesen und Tee zu mir genommen. Einmal, als ich ein Rascheln vor dem Borchänge an der Tür zu hören glaubte, hatte

ich Fatimas Namen gerufen — aber es blieb still. Ich mochte mich getäuscht haben. So war es später Abend — etwa zehn Uhr geworden. Und da sah ich an meinem Tisch bei der Lampe und hatte die Absicht, noch eine Stunde etwa zu arbeiten. Aber eine mir sonst ganz unbekannte Unruhe war in mir. War der Tee zu stark gewesen — hatte ich zu viel geraucht — oder waren meine Nerven durch andere Einflüsse überreizt — ich weiß es nicht. Aber ein paar mal erkappte ich mich dabei, daß meine Augen von der Arbeit aufblitzten und durch das Zimmer irrten: über das einfache Mattenlager hin, an der Wand entlang, an der die nun auf einem Karton aufgezogene, lebensgroße Photographie des Malers mit ein paar Nadeln angehängt war, über die Koffer und Matten, die dort in der Ecke lehnten, zum Fenster hin —

Draußen vor dem Fenster lag das Dunkel, durch das nur hier und da ein unklarer Geräusch, der Ruf eines Nachtieres, ein leises Schlürfen von Schritten, ein Flüstern klang. — Und plötzlich laut und vernehmlich die Stimme Swawa Naos, der seine Tochter rief: „Fatima — Fatima —!“

Schunden war es still.

Es kam keine Antwort.

Ich trat an das Fenster. Da sah ich, wie Dschamba eilig, beinahe lautlos glietend auf Swawa Naos zugehritten kam. Als ob er sich aus dem nebelhaften Dunkel löste, und Gestalt gewänne, so sah das aus. Und leise sprechend schritten beide rasch in das Haus und standen einen Augenblick später in der Türe meines Zimmers. Ernst, unbewegt — nur gelber als gewöhnlich — waren die Gesichter. Und die Augen Dschambas schienen mir seltsam gewetzt.

„Herr, wann hast du sie zuletzt gesehen?“ Swawa Naos fragte.

„Fatima?“ „Als wir nach Hause kamen. Was ist mit ihr?“ Eine starke Erregung war in mir.

„Sie ist zum Brunnen gegangen — gleich nachdem sie zurückgekommen war, — Herr — und sie ist nicht wiedergekommen.“

„Es ist ihr ein Unglück zugestoßen?“

„Jetzt trat Dschamba vor. „Herr, der englische Maler ist heute M' tag weggeritten — aber kaum eine Stunde weit. Wann hat er das gemacht, um etwas zu erwarten. Und ein paar Hindulente, die den Engländern als Kundschafter dienen, hat man hier herumstreichen sehen —“

Ich griff nach meinem Revolver, der in der Ledertasche auf dem Tische lag, und wollte ihn einstecken.

„Wir müssen ihnen auf der Stelle nach! Es ist zehn Uhr vorbei.“

Da legte Dschamba mir die Spitze seiner Hand ganz leise auf die Schulter: „Sahib, sie sind schon weit — Drei Stunden Vorsprung haben sie —“

Ein beinahe röhrender Ton war in seine Stimme getreten. Und wie ich jetzt auf ihn schaute, sah ich, daß sein Blick starr,

als durchdränge er das Dunkel der Nacht da draußen, durch das Fenster in eine Ferne gerichtet war.“

Wertlos griff er mir den Revolver aus der Hand und streifte die Hülle ab. Aber sein Blick blieb starr da draußen in der Nacht. „Swawa Naos, ich sehe sie —“ sagte er leise.

Dann aber plötzlich kam sein Blick herein und richtete sich scharf und bohrend auf das Bild des Malers da drüben an der Wand. Er hob den Arm, der den Revolver hielt: ein Knall, der dröhnend durch das Dunkel hallte — ein Schrei — oder habe ich selbst aufgeschrien? — ich weiß es nicht!

Als ich wieder auf Dschamba blickte, sah ich, wie er in stillem Einvernehmen dem Swawa Naos langsam zunickte. Sein Angesicht war wieder völlig ruhig und von unbewegtem Ernst. Und wortlos legte er die Waffe auf den Tisch.

Die Kugel hatte das Bildnis Keabneys getroffen — gerade zwischen den Brauen lag das kreisrunde Einschußloch — scharf, wie mit dem Messer ausgeschlitten.

Ich sah Dschamba am Arm: „Dschamba, was soll das alles — wir müssen fort, wir müssen den Mann einholen!“

Da schüttelte er schamlos den Kopf: „Herr, wir haben ihn eingeholt — Morgen wird Fatima im Hause sein.“

Und damit gingen die zwei Männer still hinaus: aber ich hörte sie im Hause noch lange Zeit leise sprechen oder beten.

Ich habe in der Nacht kein Auge zugemacht.

Am frühen Morgen schon rief mich ein lautes Stimmengewirr an das Fenster. Ein ganzer Trupp von englischen Polizisten war verammelt — mitten unter ihnen stand zitternd und angstvoll Fatima.

Was geschehen war, hatte ich bald erfahren:

Der Maler John Keabney aus London war auf der offenen Heidestraße zwei Wegstunden von Delhi gestern bei hereinbrechender Nacht erschossen worden. Das Mädchen hatte er mit sich geführt — die Polizei vermutete in Swawa Naos, dem Vater der Entführten, den Mörder.

Der Ermordete war sterbend von seinem Reittier gefallen. Seine Uhr war bei dem Fall zerbrochen und stehen geblieben — der Zeiger wies auf zehn Minuten nach zehn Uhr. So war der Polizei ein genauer Anhaltspunkt für die Stunde der Tat gegeben. — Auch ein paar Keagen waren da — zwei Hindulente, die von den Regierungsbemäntelten als verlässlich und treu bezeichnet wurden. Die sagten aus, daß sie dem Maler das Mädchen gebracht hätten — gerade hätte sie Fatima dem Manne übergeben gehabt, da wäre er von der Kugel getroffen hingsunken. Woher der Schuß gekommen sei, hätten sie in der Dunkelheit nicht feststellen können — auch hätten sie den Mörder nicht gesehen.

Man wollte Swawa Naos verhaften. Da verbürdete ich mich dafür, daß er und Dscham-

ba zur angegebenen Zeit in meinem Zimmer erscheinen würden. So ließ man ihn auf freiem Fuße.

Den Leichnam des Malers hatte man in das Regierungshospital in Delhi gebracht. Ich ging hinüber, um ihn zu sehen. Die Kugel hatte sich zwischen den Brauen ihren Weg gebahnt; haarhart, wie mit dem Messer eingeschritten, war das kreisrunde Loch des Einschusses.

Man zeigte mir das aus der Wunde entfernte Projektil — und ich mußte die Nähe aufeinanderbeisßen. Es war das nämliche Geschloß, das ich für meinen Revolver benutzte.

Ich lief zurück nach Hause und zitterte wie im Fieber. In meiner Stube rief ich das Bild des Malers von der Wand — und fuhr mir über die Stirne in ungläubigem Entsetzen. Die dünne Papp mit dem Bilde war durchschlagen, aber die Wand war völlig unverletzt — und von der Kugel war hier keine Spur —

Ich rief nach Dschamba, fragte, drang in ihn — Er hob die Schultern an. Sein stilles Angesicht war Ernst und Ruhe.

„Sahib — du sollst nicht suchen und du sollst nicht grübeln. Du bist ein Deutscher — sage ich dir, daß ich die Kraft habe, den Raum zu überwinden, du wirst es nicht glauben. Denn ihr Deutschen kennt alle Kräfte und habt doch diese niemals errungen. So sage ich dir nur: er ist gerichtet!“

Und das war alles, was ich über John Keabneys Tod erfuhr. Auch die englische Polizei hat weiter nichts entdeckt —

Monatlang bin ich dann noch mit Dschamba durch das Land gezogen — Er soll später in einem Aufstand der Sithe umgekommen sein.

Ja — das ist mein Erlebnis — —

Der Professor schwieg, und auch über den anderen Gästen, die jetzt in tiefes Dämmerlicht versunken, in dem Salon der Baronin beisammen saßen, lag tiefes Schweigen. Der dicke, kleine Herr, der viel von Pferden verstand, war dann der erste, der sich räusperte und der die Stimme hob:

„Nun wissen Sie, Herr Professor, — ich meine, daß die Kerls, — diese Sithe — daß die den Mann durch irgendeinen Verbündeten abhassen ließen. — Und die ganze Schiere auf das Bild, das war wohl nur Hofschwank — zu deutsch: Mumpst —“

Der Professor fuhr sich nervös über die Schläfe.

„Riefelicht —“

Und die schöne dunkelhaarige Frau des Bildhauers sagte leise:

„Indien — wie schön das sein muß — wenn das Geheimnisvolle einen so lebendig streift —“

Und die Baronin nickte und streichelte mit ihren schlanken Fingern über die kleine Miniature des Grafen Cagliostro — des Wundermannes, Mystikers und Charlatans. Ende.

## Bekanntmachung.

Zur Instandsetzung des Brunnens beim Hof Schwall sollen die erforderlichen Maurerarbeiten vergeben werden. Nähere Auskunft erteilt der Straßenmeister Fischer. Die Bedingungen können im Rathause eingesehen werden. Angebote bis zum 10. Juni erbeten. Nastätten, den 3. Juni 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

## Bekanntmachung.

Der Herr Regierungspräsident hat die Polizeistunde für den Regierungsbezirk Wiesbaden bis zum 1. Oktober d. Js. auf 11 Uhr, für den Sonnabend auf 11 1/2 Uhr festgelegt. St. Goarshausen, den 4. Juni 1921.

Der Landrat: J. B.: Niemöhrner.

## Herzlichen Dank

sagen wir auf diesem Wege für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit so zahlreich dargebrachten Gratulationen und sonstigen Aufmerksamkeiten.

Christian Fischer und Frau  
Karoline geb. Strakows.

Nastätten, am 8. Juni 1921.

Von heute ab verkaufe gebrannten Kaffee eigener Mälerei zu folgenden Preisen:

|                          |           |
|--------------------------|-----------|
| Robusta, rein schmeckend | Mk. 18.50 |
| Santos                   | Mk. 22.—  |
| Kampinas                 | Mk. 25.—  |
| Guatemala                | Mk. 28.—  |

Heinrich Schenck :—: Nastätten.

Täglich

## Speise-Eis

(Vanille, Schokolade)

Cafe Ackermann, Nastätten

## Medizinische Seifen

- Coillette-Seifen
- Badesoifen Niviasoife
- Herbaseife
- Kinderseife
- Zukoohseife
- Igemoseife
- Kaloderma-Seife
- und viele andere Sorten empfiehlt

Apotheke in Nastätten.

## Katakilla - Pulver

ist ein gutes Sprühmittel gegen alle Arten Znießen an Obstbäumen und Sträuchern. Leicht Anwendung.

G. Blutge, Farbenhandlung.

## Schafwolle

sowie

## Lämmerwolle

zum Verspinnen in Strickgarn in allen Farben wird angenommen

N. Sübel, Nastätten

an der evangel. Kirche.

Prima hartgebrannte

## Ringofen-

## Back-Steine

wieder am Lager.

Baugeschäft Jakob Hehner

Nastätten.

Herrn - Frisierkämme

Damen - Frisierkämme

Schaub - Kämme

Schnurrbart - Kämme

empfiehlt

Friseurgeschäft Anton Kern

Nastätten: Hauptstraße.

## Kloster Schönau!

Sonntag, den 12. Juni 1921



## große Tanzmusik



bei Bier!

Es labet köstlich ein

Wwe. Hammes.

## Gesangverein



## „Eintracht“

## Marienfels.

Sonntag, den 12. Juni 1921

## Fahnenweihe und Sängertfest.

Festzug um 1 1/2 Uhr.

ff. Biere!

Gute Speisen!

ff. Weine!

Zu zahlreichem Besuche laden ergebenst ein

Der Festwirt:

Für den Vorstand:

Karl Wiegand.

Karl Hartmann.

## Hochstamm - Rosen

(mit Topfballen), Buschrosen, Malven oder Stokrosen, Geranien, Fuchsen, Lobelien, Peltaria, Byconia usw. (geeignet für Beet, Balkonkästen, Gräber etc.). Tomatenpflanzen, Tabakpflanzen, Salatpflanzen, Rote-Rübenpflanzen, Zucker-Rübenpflanzen, Endivienpflanzen, Gemüsepflanzen u. s. w. empfiehlt

Emil Wölfert, Gartenbaubetrieb, Nastätten.

## Vertreter gesucht

zur Bearbeitung der Nass. Kleinbahnen und unserer anderen Reklame-Objekte. Anzeigen-Annahme für alle Zeitungen. Ausführliche Angebote an:

Werbezentrale Lloyd, Wiesbaden, Wilh.-Str. 56

## Senfen

in nur Ia. Qualitäten

## Senfen-Würfe

## Weg-Steine

(echte Matländer)

## Schlottlerfässer

in Holz und Blech

## Dengel-Geschirre

## Draquelmaschinen

tadellos arbeitend, sicheres Dengeln

## Sicheln

empfiehlt

## E. Knoche, Nastätten

— am Rathaus. —

## Feinstes Salatöl

## Essig-Essenz

zu haben in der

## Apotheke in Nastätten.

Neue ab 1. Juni gültige

## Amtliche

## Caféfahrpläne

erhältlich in

## Müllerische Buchhandlung

Nastätten: Bahnhofstraße.

## Tapeten

und

## Borden

in geschmackvoller grosser

## Peter Fischer

Nastätten: Rheinstraße 33.

## Tabakpflanzen

empfiehlt

## Gärtnerei Ackermann

Nastätten.